



KONJUNKTURREPORT

11. Jg., Ausgabe 2, Juni 2011

Weiterhin kräftiger Aufschwung in Österreich

Die **Weltwirtschaft** hat ihr Expansionstempo nach dem starken Jahresbeginn zuletzt etwas gedrosselt. Die Perspektiven bleiben aber günstig. In den **USA** ist das saisonbereinigte reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal 2011 um 0,5 % im Vergleich zum Vorquartal gestiegen, nach 0,8 % in den letzten drei Monaten des Vorjahres. Maßgeblich für die Verlangsamung waren ein schwächeres Wachstum des privaten Konsums sowie Rückgänge der Bauinvestitionen und des Staatskonsums. Hingegen trug die Aufstockung der Vorräte positiv zum Wachstum bei. In **Japan** hatte in den ersten beiden Monaten des Jahres die Konjunktur spürbar Fahrt aufgenommen, als das Erdbeben und der Tsunami das Land am 11. März trafen. Daraufhin brachen im März die Industrieproduktion um 15 % und die Wareneinfuhren um 8 % gegenüber dem Vormonat ein. Ausschlaggebend dafür waren neben der Zerstörung der Infrastruktur in den direkt betroffenen Gebieten auch Ausfälle in der Stromerzeugung und Unterbrechungen der Vorleistungsketten. Im ersten Quartal ging das saisonbereinigte reale BIP um 0,9 % zurück. Aufgrund des Wiederaufbaus könnte bereits im dritten Quartal ein kräftiges gesamtwirtschaftliches Wachstum einsetzen. In **China** und **Indien** hält das hohe Wachstum unvermindert an. In China stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal im Jahresabstand um 9,7 %. Damit geht ein zunehmender Inflationsdruck einher, woran auch die geldpolitische Straffung bisher nichts ändern konnte. Auch in den anderen **aufstrebenden Volkswirtschaften in Asien** und **Lateinamerika** setzt sich das starke Wirtschaftswachstum fort. Im **Euroraum** und in der gesamten **EU** stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion ersten Schätzungen zufolge im Zeitraum Jänner bis März um 0,8 % nach 0,3 % bzw. 0,2 % im vierten Quartal 2010. Treibende Kräfte waren die Wareneinfuhr und die Anlageinvestitionen.
(Fortsetzung Seite 7)

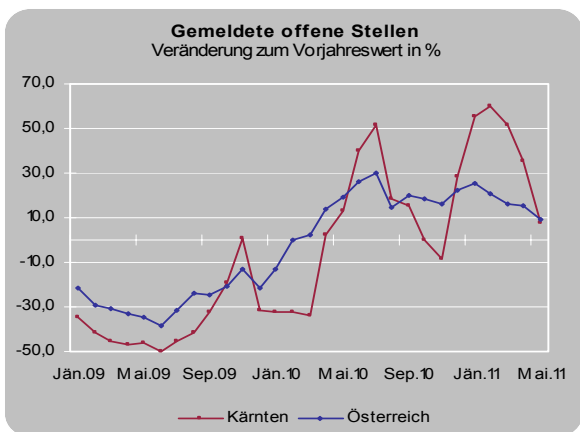
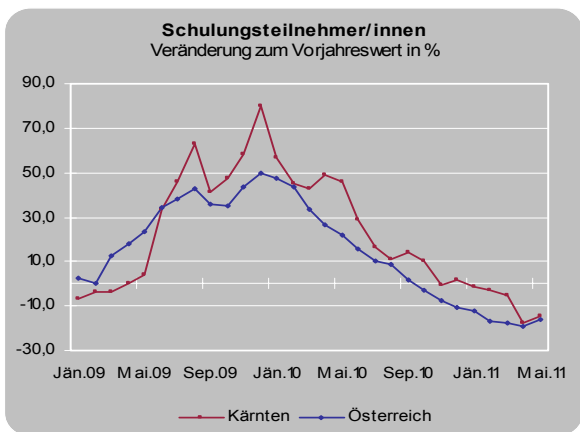
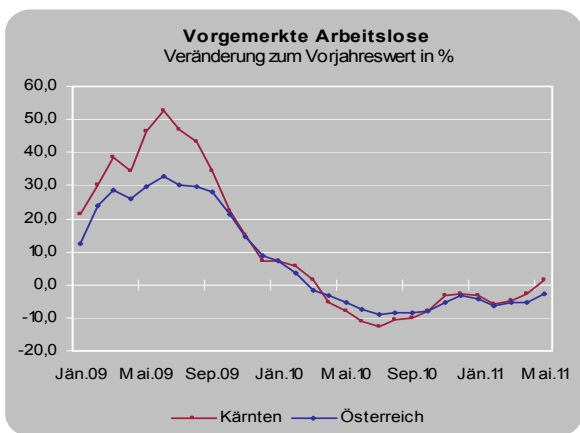
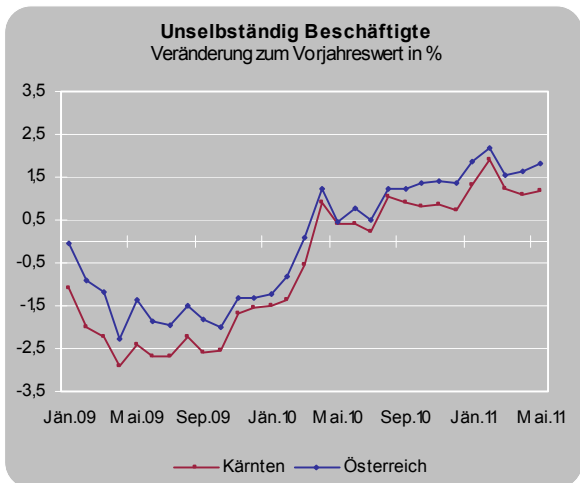
Energiewende

Die Katastrophe im Kernkraftwerk Fukushima hat der Diskussion um den Ausstieg aus der Atomkraft einen gewaltigen Schub verliehen – vor allem in Ländern, die – wie Österreich – keine Kernkraftwerke haben (wohl aber Kernenergie importieren), die – wie Deutschland – zwar eine Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke geplant hatten (und ältere Anlagen bereits vom Netz genommen haben), aber keinen weiteren Ausbau der Kernenergie vorgesehen haben, nicht aber in Ländern, die – wie Frankreich – in hohem Maße von der Kernenergie abhängig sind, oder – wie die Schwellenländer – ohne Kernkraft den Energiebedarf eines hohen Wirtschaftswachstums glauben, nicht decken zu können.

Ob für den Strombereich die Kernenergie als „Brückentechnologie“ auf dem Weg zu einem globalen Energiesystem auf Basis von Sonnenenergie – auch Wind und Biomasse stammen letztlich aus Sonnenenergie – unverzichtbar ist, welche Alternativen mit welchen Risiken (etwa für den Klimawandel) und zu welchen Kosten zur Verfügung stehen – all dies muss vor dem Hintergrund eines Wirtschaftssystems, einer Infrastruktur, einer Siedlungs- und Raumstruktur und eines allgemeinen Lebensstils diskutiert werden, wie sie sich in langen Jahrzehnten aufgrund unbegrenzt verfügbarer, billiger Energie entwickelt haben und die entsprechend nicht in wenigen Jahren auf die knappe und teure Energie in Folge einer Energiewende umgestellt werden können.

Unabhängig davon sind EU-weite Überprüfungen der Sicherheitsredundanzen der bestehenden Kernkraftwerke und hohe, einheitliche Sicherheitsstandards richtig und ein wichtiger Schritt nach vorn. Dies vor dem Hintergrund, dass die bestehende Kapazität auch mittelfristig nicht verzichtbar ist, trotz forciertem Ausbau der Erneuerbaren oder des Zubaus bei fossilen Kraftwerken, die ja auch nicht ohne Probleme sind.

(Fortsetzung Seite 8)



Im zweiten Quartal des Jahres 2011 konnte in Kärnten keine wesentliche Erholung am Arbeitsmarkt beobachtet werden: zwar verbessert sich die Beschäftigungssituation mit einem Plus von 1,2 % gegenüber Mai 2010 zusehends (Österreich: +1,8 %), doch kann damit der Beschäftigungseinbruch des Jahres 2009 (noch) nicht wettgemacht werden. Das moderate Beschäftigungswachstum fällt auch zu gering aus, um die Arbeitslosigkeit in Kärnten weiter zu senken. So liegt im Mai die Zahl der arbeitslosen Personen mit 16.637 um 1,4 % über dem Vorjahreswert, während österreichweit die Arbeitslosigkeit gesunken ist (221.369 Personen; -2,5 %).

Einige arbeitsmarktpolitische Kennzahlen zeigen jedoch erste positive Vorzeichen der Arbeitsmarktentwicklung Kärntens: während im Dezember 2009 die Zahl der Schulungsteilnehmer/innen beim Arbeitsmarktservice um rund 80 % gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres zugenommen hatte, sinkt die Zahl der Personen in Schulungsmaßnahmen seit Beginn des Jahres 2011. So wurde im Mai 2011 ein Rückgang von 14,9 % verglichen mit dem Vorjahr verzeichnet (Österreich: -15,9 %). Auch bei der „Problemgruppe“ der Langzeitarbeitslosen (über 1 Jahr) verbessert sich die – speziell in Kärnten – ungünstige Arbeitsmarktsituation allmählich. Wurde im Jahresdurchschnitt 2010 noch eine Zunahme um 21,1 % gegenüber dem Jahr 2009 verzeichnet, sinkt seit Jahresbeginn die Zahl der Langzeitarbeitslosen – verglichen mit den Vorjahreswerten – deutlich (Mai 2011: -24,1 %). Daneben steigt die Zahl der offenen Stellen – nach einem Zuwachs von 35,6 % im April 2011 – im Mai um 7,4 % gegenüber dem Vorjahr. Auch die Stellenandrangziffer (Arbeitslose je gemeldeter offener Stelle) liegt im Mai 2011 mit 6,8 deutlich unter den Werten des Jahres 2010 (Österreich: 6,1).

Bei den älteren Arbeitnehmer/inne/n (50+) bestehen die strukturellen Probleme der Arbeitsmarktentwicklung hingegen fort. Nachdem schon im Jahresdurchschnitt 2010 eine Zunahme um 4,1 % beobachtet wurde (Österreich 2010: +1,4 %), steigt die Arbeitslosigkeit auch im Jahr 2011 weiter an (Mai 2011: +2,9 %). Der aufgrund der demographischen Entwicklung zu erwartende Mangel an jungen Facharbeitskräften, bei gleichzeitig wachsendem Angebot an älteren Arbeitskräften, stellt mittel- bis langfristig eine besondere Herausforderung für die Berufsbildungs- und Arbeitsmarktpolitik dar. Einerseits müssen Maßnahmen der Qualifikationsanpassung und –weiterentwicklung Ältere „beschäftigbar“ halten und andererseits Veränderungen der Arbeitsorganisation einen längeren Verbleib im Erwerbsleben ermöglichen.

R.K.

Wo steht Österreich in Sachen „Gerechtigkeit“?

Die soziale Gerechtigkeit stand im Mittelpunkt einer unlängst veröffentlichten Studie der Bertelsmann Stiftung¹. Dabei wurde die soziale Gerechtigkeit als Teilhabegerechtigkeit definiert, „die jedem Individuum tatsächlich gleiche Verwirklichungschancen durch gezielte Investition in die Entwicklung individueller Fähigkeiten garantiert“. Anhand eines sog. Gerechtigkeitsindex wurde die soziale Gerechtigkeit in 31 OECD-Ländern verglichen.

Dieser Index umfasst die fünf Teilaspekte Armutsvermeidung, Zugang zu Bildung, Arbeitsmarktchancen, Einkommensverteilung und Generationengerechtigkeit, wobei die Armutsvermeidung als unabdingbare Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit am stärksten (dreifach) gewichtet wird. Doppelt gewichtet wird der Zugang zu Beschäftigung sowie der Zugang zu Bildung.

Betrachtet man das Gesamtergebnis so geht es in Island (1.), Schweden (2.) und Dänemark (3.) am gerechtesten zu; am ungerechtesten in der Türkei (31.) und in Griechenland (30.). Österreich erreicht Rang 9 und liegt damit noch im oberen Drittel, aber deutlich vor Deutschland (Platz 15).

Tabelle 1: Soziale Gerechtigkeit – gewichteter Gesamtindex

Rang	Nation	Gewichteter Index
1.	Island	8,54
2.	Schweden	8,41
3.	Dänemark	8,36
9.	Österreich	7,24
	OECD-Durchschnitt	6,55
30.	Griechenland	5,03
31.	Türkei	3,85

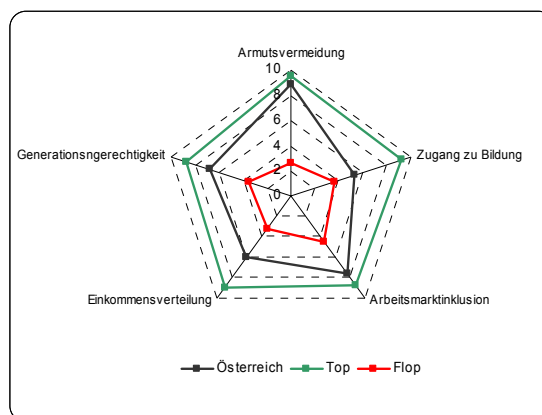
Die Ursache dafür liegt in der Tatsache, dass Österreich bei der Armutsvermeidung Platz 4 erreicht und somit nur knapp hinter den Ländern mit der höchsten sozialen Gerechtigkeit liegt. Österreich punktet durch eine relativ geringe Armutsquote und einen relativ geringen Anteil armutsgefährdeter Altersgruppen (Kinder- bzw. Altersarmut).

Beim Zugang zu Bildung wird Österreich auf Platz 24, also in das untere Drittel der OECD-Länder, gereiht. Dieser Teilaspekt berücksichtigt den sozioökonomischen Hintergrund, die frühkindliche Förderung wie auch die Bildungspolitik. Island, Finnland und Dänemark

belegen die Plätze 1 bis 3, die Türkei, Griechenland und Irland die letzten Plätze. Österreich gehört neben Frankreich, Neuseeland, Belgien, Ungarn und auch Deutschland zu jenen Ländern, in denen der Bildungserfolg eines Kindes stark von Herkunft und sozioökonomischen Aspekten abhängt. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind aus einem sozial benachteiligten Umfeld durch Bildung befähigt wird, am gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben, ist in diesen Ländern deutlich geringer als in anderen entwickelten Staaten.

Der Aspekt Arbeitsmarktinklusio n berücksichtigt die Beschäftigungsquote, die Beschäftigungsquote Älterer, das Beschäftigungsverhältnis nach Geschlecht und nach Zuwanderer/Einheimische, die Arbeitslosigkeit, die Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit wie auch die Arbeitslosigkeit Geringqualifizierter. Österreich wird auf Platz 10 gereiht. Beispielgebend für Arbeitsmarktgerechtigkeit sind die drei top-platzierten Länder Island, die Schweiz und Kanada. Auffallend ist, dass - mit Ausnahme von Island - die in anderen Bereichen so erfolgreichen nordeuropäischen Länder nicht zu den Bestplatzierten gehören.

Abbildung 1: Vergleich der fünf Teilaspekte zur sozialen Gerechtigkeit



Hinsichtlich der Einkommensverteilung schneidet Österreich im OECD-Vergleich relativ schlecht ab (Platz 21). Trotz vergleichsweise hoher Ausgaben für soziale Sicherheit und Armutsvermeidung gibt es einen Anstieg von sozialer Ungleichheit und Armutsrisiken. Schweden, Norwegen und Dänemark weisen die am stärksten ausgeglichene Einkommensverteilung auf.

Die Generationengerechtigkeit wird anhand der Familien-, Renten-, und Umweltpolitik, der CO₂-Emissionen, der Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie der öffentlichen Verschuldung gemessen. Während Schweden, Dänemark und Norwegen wieder auf den Plätzen 1 bis 3, Griechenland, Japan und die USA auf den Plätzen 31 bis 29 zu finden sind, er-

¹ Bertelsmann Stiftung (2010). *Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland? Sustainable Governance Indicators 2011*. www.bertelsmann-stiftung.de

reicht Österreich, unmittelbar nach Deutschland, Platz 12. Das Prinzip der Generationengerechtigkeit wird in Österreich relativ gut verwirklicht, was vor allem durch die relativ hohen Ausgaben für F&E (in % des BIP), die relativ geringen CO₂-Werte (pro Einheit des BIP) und den vergleichsweise moderaten Schuldenstand (in % des BIP) erreicht wird.

Zusammenfassend ist für Österreich festzuhalten, dass der Zugang zu Bildung das größte Verbesserungspotential aufweist. Um der Entstehung und der Verfestigung bildungsferner Gruppen entgegenzuwirken, bedarf es einer Anpassung des Bildungssystems an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

P.R-L.

Die Landesenergieleitlinien vor dem Hintergrund der Energiestrategie Österreich

Für Österreich haben sich im Rahmen der neuen Energie- und Klimapolitik der Union² sowie der damit verbundenen Legislativpakete und Lastenteilungsentscheidungen eine Reihe von Zielvorgaben ergeben: die Steigerung der Energieeffizienz um 20 % (im Vergleich zu einem Baseline-Szenario), die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energieträger am Endenergieverbrauch auf 34 % und im Verkehrssektor auf 10 %, eine Reduktion der Treibhausgasemissionen in Sektoren, die dem EU-Emissionshandelssystem unterliegen um 21 % und um 16 % in denjenigen Sektoren, die diesem System nicht unterliegen (jeweils bezogen auf die Emissionen des Jahres 2005).

Zur Realisierung dieser Ziele und zur konsequenten Neuorientierung der österreichischen Energiepolitik wurde im März 2010 die Energiestrategie Österreich vorgestellt.³ Kernbestandteil der Energiestrategie Österreich ist eine Stabilisierung des Endenergieverbrauches (EEV) auf den Wert des Basisjahres 2005. Gegenüber dem vorliegenden Basis-szenario (2020: ca. 1.310 Petajoule) bedeutet das eine Reduktion des EEV um ca. 200 Petajoule bis zum Jahr 2020. Zur Erreichung des entsprechenden Zielwerts für den EEV setzt die Strategie auf die sogenannte 3E-Formel; die Erhöhung der Energieeffizienz, den Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Sicherstellung der Energieversorgung. Die Energiestrategie Österreich setzt für die künftige österreichische Energiepolitik ambitionierte Ziele, die ohne Unterstützung der Länder kaum erreichbar sind. So scheinen die Länder auch in

der weit überwiegenden Anzahl der Maßnahmenvorschläge der Energiestrategie als planende, umsetzende und ausführende (Mit)Akteure auf.

Für das Bundesland Kärnten wurden mit Beschluss der Landesregierung im Jahr 2006 die Kärntner Landesenergieleitlinien 2007-2015 beschlossen. Diese haben den Charakter allgemeiner Rahmenbedingungen für die Energiepolitik des Bundeslandes, wobei die nachhaltige Energieversorgung im Zentrum der Kärntner Energiepolitik stehen soll. Zur Erreichung der Ziele der Landesenergieleitlinien wurden vier Handlungs- bzw. Strategiefelder definiert, innerhalb welcher konkrete Maßnahmen umgesetzt werden, die zur Steigerung der Versorgungssicherheit, zur Senkung der Importabhängigkeit sowie zu einem Beitrag gegen die globale Erwärmung und die Folgen des anthropogenen Klimawandels führen sollen.

Die konkreten Ziele der Landesenergieleitlinien verfolgen *erstens* die Reduktion des Energieverbrauchs der im Jahr 2004 bestehenden Gebäude um 20 %, *zweitens* die Erhöhung der Fern- und Nahwärmenutzung um 50 % gegenüber 2004, *drittens* die Ausstattung jedes dritten Gebäudes mit einer solarthermischen Anlage, *viertens* die Erhöhung der Nutzung des Holzzuwachses von derzeit 60 % auf 80 % sowie *fünftens* die Erhöhung der Stromerzeugung aus Wasserkraft um 7 %.

Mit dem Beschluss der Landesenergieleitlinien verfolgt Kärnten in seiner Energiepolitik sehr ambitionierte Ziele. Dabei lassen die Leitlinien jedoch die notwendige Verbindlichkeit, die mit solchen Vorgaben verbunden sein müsste, vermissen. Der Start zur Umsetzung der Landesenergieleitlinien erfolgte im Jahr 2007 durch die Etablierung von insgesamt zwölf thematischen Arbeitsgruppen, die mit der Erarbeitung von Detailvorschlägen zur Realisierung geplanter Maßnahmen und gesetzter Ziele betraut wurden. Nachdem erste Detailvorschläge auf politischer Ebene keine Berücksichtigung fanden, kam es zu einem Stillstand der Aktivitäten der Arbeitsgruppen, mit dem Ergebnis, dass von den definierten Zielen aus heutiger Sicht nur eines erreichbar scheint (der Ausbau der Nah- und Fernwärme um 50 %, der bereits im Jahr 2008 überschritten wurde).

Im Bereich von vier Handlungs- oder Strategiefeldern sehen die Landesenergieleitlinien rund 30 Maßnahmen vor, wovon nur ein geringer Teil bereits umgesetzt wurde (Verbesserung der Energieberatung, Anpassung von Baustandards, Kampagnen zum Nutzer- und Kaufverhalten, Schulaktionen zum Thema Energie, Integration des Themas Energie ins

² Vgl. dazu: IHS Konjunkturreport. 20-20-20 bis 2020. 8. Jg., Ausgabe 1, März 2008.

³ BMLFUW & BMWFJ (2010). *Energiestrategie Österreich*. <http://www.energiestrategie.at/>

Landesentwicklungskonzept oder Bewusstseinsbildung in Sachen alternative Mobilität). In der Mehrzahl der Fälle wurden Maßnahmen bislang nur teilweise oder gar nicht in Angriff genommen.

Ein Vergleich der Landesenergieleitlinien mit der Energiestrategie Österreich zeigt, dass die Handlungsfelder in weiten Teilen übereinstimmen (vgl. Abbildung 1). Dies betrifft insbesondere die *Steigerung der Energieeffizienz* sowie die *Verstärkte Nutzung erneuerbarer Energiequellen*.

Abbildung 2: Schnittmengen Energiestrategie Österreich und Landesenergieleitlinien



Quelle: Eigene Darstellung IHS Kärnten

Hinsichtlich ihrer Zielvorgaben unterscheiden sich beide Strategiekonzepte jedoch. Dies liegt insbesondere daran, dass die Energiestrategie Österreich sich mit ihren Zielvorgaben Versorgungssicherheit, Sozialverträglichkeit, Umweltverträglichkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Kosteneffizienz in einem globalen Bezugsrahmen bewegt, während die Ziele der Landesenergieleitlinien konkrete Vorgaben zum Inhalt haben.

Eine Notwendigkeit zur Neuausrichtung der Landesenergieleitlinien aufgrund der Energiestrategie Österreich besteht grundsätzlich nicht, wohl aber ein gewisser Anpassungsbedarf. Für die Weiterverfolgung der Kärntner Landesenergieleitlinien erscheint es dabei sinnvoll, diejenigen Bereiche zu forcieren, die mit den Vorgaben aus der österreichischen Energiestrategie kompatibel sind und von denen die größten Resultate zu erwarten sind.

Zur Anpassung der Landesenergieleitlinien wurde im Zuge einer Evaluierung der Kärntner Energieleitlinien durch das IHS Kärnten vor diesem Hintergrund folgendes vorgeschlagen:

- Entsprechend der Energiestrategie Österreich eine Stabilisierung des EEV (84.000 Terajoule: Basisjahr 2005) als Globalziel zu beschließen, da alle Anstrengungen zum Ausbau des Anteils erneuerbarer Energieträger bzw. zur Reduktion der Treibhausgasemissionen bei einem weiteren Anstieg des Energieverbrauchs kaum zu erreichen sein dürften.
- In Anbetracht enger budgetärer Spielräume bei der Umsetzung der Landesenergieleitlinien den Fokus auf acht Maßnahmen (in drei Handlungsfeldern) zu le-

gen, von denen ein hoher Beitrag zur Zielerreichung zu erwarten ist. Für jede Maßnahme sollte ein quantitatives Ziel festgelegt werden, sodass Fortschritte auch messbar sind.

- Der Steigerung der Energieeffizienz künftig eine noch stärkere Bedeutung beizumessen. Ein maßgeblicher Beitrag zur Steigerung der Energieeffizienz wird vor allem von den Bereichen Gebäude – Reduktion des Raumwärme- und Kühlbedarfs, Energieverbrauch in den Haushalten und Betrieben mit Schwerpunkt Stromverbrauch und Abwärmenutzung – sowie effiziente Mobilität erwartet.
- Zur Gewährleistung der Zielerreichung ein ständiges Monitoring der Maßnahmen und der Zielerreichung sicherzustellen. Dazu zählt auch, die sich aus den einzelnen Maßnahmen ergebende Energieeinsparung sowie CO₂-Reduktion laufend zu erfassen und entsprechend zu dokumentieren. Damit wird das Ziel verfolgt, den Grenznutzen eines „Förder-Euros“ zu ermitteln. Auch die Frage der Zuständigkeit (Umsetzung, Datenerfassung und Berichterstattung) sollte von Beginn an explizit festgelegt werden.

Die Energiepolitik stellt auf Landesebene ein Querschnittsthema dar, mit dem unterschiedliche Ressorts befasst sind. Für die Aktivitäten einzelner Ressorts zur Umsetzung der Landesenergieleitlinien gibt es bislang kein verbindliches oder standardisiertes Berichtswesen an eine koordinierende Abteilung der Kärntner Landesregierung.

Neben der Diskussion erforderlicher inhaltlicher Adaptionen bei den Energieleitlinien, erscheint es daher nötig, die Zustimmung der Landesregierung zur aktiven Umsetzung und Koordination der Maßnahmen zu erreichen und den Umsetzungsprozess (Basisarbeit in Arbeitsgruppen, Vorschläge an das Leitungsgremium, Erarbeitung und Beschluss von Regierungsvorlagen) neu in Gang zu setzen.

F.R./M.B.

Japans Energiepolitik in der nuklearen Katastrophe

Es hat seine besondere Tragik, dass ausgechnet das Land, welches im Zweiten Weltkrieg unter zwei Atombomben gelitten hat, nun eine Katastrophe aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie erlebt. Warum setzte ein Land am pazifischen „Ring of Fire“, in dem drei tektonische Platten aufeinandertreffen, in so hohem Maße auf eine Risikotechnologie?

Japan ist nicht nur das Land Hiroshimas und Nagasakis, sondern auch das Land des Kyoto-

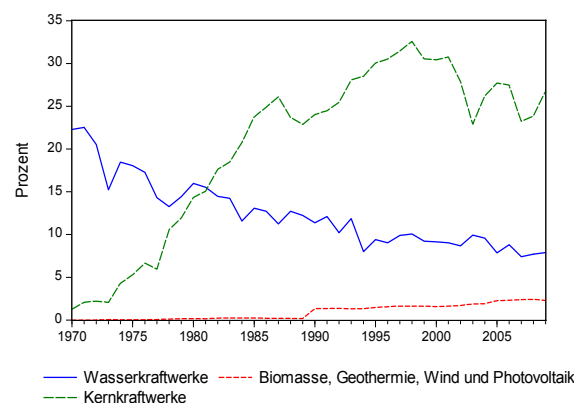
Protokolls. Es unterstützte den Kyoto-Prozess zunächst aktiv, konnte allerdings die übernommenen Reduktionsverpflichtungen nicht einhalten. Japan verfügt über fast keine fossilen Brennstoffe. Der sehr hohe Output der japanischen Volkswirtschaft wird mit einer energetischen Selbstversorgungsrate von nur 4 % produziert, der niedrigsten Rate aller führenden Industrienationen.⁴ Diese Konstellation birgt ein hohes Versorgungsrisiko.

Um die Energiesicherheit zu erhöhen und damit die Abhängigkeit von den internationalen Energiemärkten zu verringern, spielt die Energieintensität der Produktion eine entscheidende Rolle. Beim sparsamen Primärenergieverbrauch im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt hält Japan eine Spitzenposition. Der industrielle Sektor wird als (etwas) effizienter bewertet als der Deutschlands und deutlich effizienter als der Frankreichs oder der USA.⁵ Allerdings konnten im Zeitraum 1990-2005 keine weiteren Fortschritte bei der Verringerung der CO₂-Intensität der volkswirtschaftlichen Produktion erreicht werden.⁶

Seit Jahrzehnten steigt das Stromangebot der japanischen Elektrizitätswirtschaft kontinuierlich an, wenn auch mit abnehmender Geschwindigkeit. Das Stromangebot aus konventionellen Kraftwerken hat in den letzten 50 Jahren um das 11,6-fache zugenommen. Neben Kohle werden hauptsächlich Gas und Öl verfeuert. Aktuelle Daten der Internationalen Energieagentur⁷ zufolge liegt der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung im Jahr 2009 nur geringfügig über 10 %. Die Wasserkraft spielt dabei die wichtigste Rolle, jedoch mit stark schrumpfenden Marktanteilen: von über 50 % in den 1960er Jahren auf 7,9 % im Jahre 2009. Zweitwichtigster Pfeiler der regenerativen Energieerzeugung ist die Biomasse, die einen Marktanteil von 1,5 % erreicht. Eine umfassende Förderung für die Solarwirtschaft führte zu einem Anteil am Strommarkt von 0,2 %. Der Anteil dürfte weiter wachsen, da sich jetzt viele Haushalte mit Solarmodulen vor weiteren Blackouts zu schützen versuchen. Strom aus Windkraft jedoch, der in anderen Küstenländern wie Dänemark, Deutschland oder Spanien für einen deutlichen Zuwachs des Anteils der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung sorgte, wurde in Japan vernachlässigt, obwohl das Land mit Mitsubishi über einen Windkraftanlagenhersteller der ersten Stunde verfügt. Institutionelle Ursachen

können hierfür verantwortlich gemacht werden. Weder wurden die japanischen Energieversorger verpflichtet, den produzierten Windstrom in vollem Umfang abzunehmen, noch wurde Offshore Windenergie, die in Japan aufgrund der großen Wassertiefen schwer zu realisieren ist, mit hohen Einspeisevergütungen gefördert.⁸ Der Anteil des Windstroms ist mit 0,3 % am gesamten Strommarkt entsprechend gering. Für 2012 plant Japan ein allgemeines Energieeinspeisegesetz. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer in Japan sieht daher verbesserte Marktchancen für Windkraft und Biomasse.

Abbildung 3: Anteil Kernkraft und Erneuerbarer an der Bruttostromerzeugung in Japan



Quelle: IEA Online Data Service, Anteile an der Bruttostromproduktion, Abfrage 17.3.2011

Der Rückgang des Marktanteiles der regenerativen Energie in der Vergangenheit steht im klaren Kontrast zur Zunahme der Kernenergie. Dies wird in Abbildung 1 deutlich. Der hohe Anteil der Kernenergie bedeutet allerdings keine niedrigen Strompreise. Für industrielle Abnehmer beispielsweise sind die Strompreise mehr als doppelt so hoch wie in den USA oder in Frankreich.⁹

Für das Hochtechnologieland Japan spielte der Ausbau der Kernenergie eine besondere Rolle. Um die Ziele des Kyoto-Protokolls zu erreichen, wurde dieser vorangetrieben und die Technologie für neue Kraftwerksgenerationen gefördert. Japan besitzt 60 Reaktoren, davon sind 9 dauerhaft abgeschaltet (Fukushima-Daiichi 1-4 mitgezählt). Die nationale energiepolitische Strategie sah den Ausbau der Kernenergie auf über 40 % vor. Neue Formen der Brennelementetechnologie, wie der Einsatz von plutoniumhaltigen MOX-Brennelementen, die Sicherheit und Effizienz von Kernkraftwerken sowie die Herstellung und Verarbeitung von Brennelementen wurden unterstützt. Der

⁴ IEA (2008), Japan 2008 review, Energy policies of IEA countries, OECD/IEA 2008, S. 161f.

⁵ S. Suehiro (2007), Energy Intensity of GDP as an Index of Energy Conservation, Institute of Energy Economics Japan, August 2007.

⁶ IEA (2008), International Energy Outlook, September 2008, S. 97.

⁷ IEA Online Data Service (2011), Abfrage 17.3.2011.

⁸ D. Englander (2008), Japan's Wind-Power Problem, greentechmedia.com, 23. April 2008.

⁹ IEA (2008), Japan 2008 review, Energy policies of IEA countries, OECD/IEA 2008, S. 139.

Schnelle Brüter sollte bis 2050 die Markreife erreichen.¹⁰

Angesichts der seismischen Aktivität Japans birgt diese Nuklearstrategie ein hohes Risiko. Trotz großer Bemühungen um Erdbebensicherheit wurde dem nicht hinreichend Rechnung getragen, wie Seismologen, insbesondere Katsuhiko Ishibashi, Kobe University, Japan, beklagten.¹¹ Auch die Internationale Atomenergie Organisation forderte nach dem Erdbeben 2007 größere Anstrengungen. Nach Auskunft der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit wird in internationalen Fachkreisen die Gefahr eines Tsunami mit einer Wellenhöhe größer 10 m für Japan als statistisch relevant erachtet und mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa 1/1000 per anno angegeben. Kernschäden mit großen Freisetzungen sind daher nicht unwahrscheinlich. Eine Eintrittswahrscheinlichkeit für solche Unfälle von 1/100 bis 1/10000 per anno widerspreche nicht der Betriebserfahrung für gefährdete Reaktoren in Japan.¹²

Um diese Wahrscheinlichkeitsaussage zu veranschaulichen, seien nur die Kraftwerke des Betreibers der Unglücksreaktoren betrachtet. Alle 17 TEPCO-Reaktoren kommen mit durchschnittlich ca. 26 Betriebsjahren je Reaktor auf zusammen 442,5 Betriebsjahre. Die Wahrscheinlichkeit, dass *mindestens ein* Unfall mit erheblichen Freisetzungen an Radioaktivität eintritt, liegt somit zwischen 98,8% und 4,3% über den Gesamtzeitraum. Demnach reicht die Einschätzung von „Mindestens ein großer Unfall mit Freisetzungen an Radioaktivität ist *höchstwahrscheinlich*.“ bis „Mindestens ein großer Unfall mit Freisetzungen an Radioaktivität ist *sehr unwahrscheinlich*.“ Die Quantifizierung ist also mit erheblicher Unsicherheit verbunden.

Die Unfälle in Fukushima I werden für die Reaktorblöcke 1, 2 und 3 von der japanischen Atomsicherheitsbehörde auf der INES-Skala jeweils mit 5 („ernster Unfall“) eingestuft und in ihrer Gesamtwirkung auf der höchsten Stufe 7 („katastrophaler Unfall“). Daneben werden in Fukushima I und II vier weitere Reaktorunfälle auf der INES-Skala mit 3 („ernster Störfall“) bewertet.¹³ Die aufgetretene Anzahl der Unfälle spricht für eine sehr hohe und stark korrelierte Unfallwahrscheinlichkeit.

Haftungsbeschränkungen wurden international als Instrument zur Förderung der friedlichen Nutzung der Kernenergie eingesetzt.¹⁴ Hieraus können sich Fehlanreize ergeben, die zu einem zu hohen Risiko führen.¹⁵ Das Japanische Atomhaftungsgesetz schließt die Haftung des Betreibers für außergewöhnlich schwerwiegende Naturkatastrophen oder Unruhen aus. Darüber hinaus steht allein der Betreiber in der Haftung, Ansprüche gegen Zulieferer oder Aufsichtsbehörden sind ausgeschlossen. Durch unzureichende Haftungsmasse und Versicherungsschutz des Betreibers – der japanische Atompool greift nicht bei Naturkatastrophen – wird die Haftung begrenzt. Die Deckungssumme, die Staat und Versicherung gemeinsam bereitstellen, liegt nur bei umgerechnet 1,04 Milliarden Euro pro Reaktor. Dadurch zeichnen sich für TEPCO aber bereits jetzt derartige finanzielle Schwierigkeiten ab, dass der japanische Staat zusätzliche Unterstützung zusagen musste.

Entsprechend niedrig sind die (vorläufigen) Entschädigungszahlungen an die Evakuierten. Sie betragen umgerechnet 8.650 Euro für Mehrpersonenhaushalte und 6.490 Euro für Singlehaushalte. Die Kosten des Unfallrisikos werden somit wesentlich auf die direkt oder indirekt Geschädigten und die Allgemeinheit überwältigt.

Johannes Jaenicke, Universität Erfurt

Fortsetzung: Konjunktur

Der private Konsum blieb hingegen in Folge des inflationsbedingten Kaufkraftentzugs verhalten. Im weiteren Jahresverlauf sollte die konjunkturelle Grundtendenz, bei teils beträchtlichen Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten, aufwärts gerichtet bleiben. Nach den jüngsten Prognosen internationaler Institutionen ist für das Jahr 2011 im Euroraum wie in der gesamten EU mit einem BIP-Wachstum von 1,5 % bis 2 % zu rechnen.

In **Österreich** nahm die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im ersten Quartal ersten Schätzungen zufolge um 1,0 % zu, nach 0,9 % im vierten Quartal 2010. Die Impulse kamen weiterhin vor allem aus dem Ausland, sodass sich das Wachstum der Ausfuhren deutlich beschleunigte. Damit ging eine kräftige Steigerung der Industrieproduktion einher, wodurch die Kapazitätsauslastung weiter zunahm. Davon profitierten die Ausrüstungsinvestitionen.

¹⁰ Ebenda, S. 39.

¹¹ D. Cyranoski (2007), Quake shuts world's largest nuclear plant, Nature 448 (26), S. 392-393.

¹² Auskunft von A. Wielenberg, Gesellschaft für Anlagen und Reaktorsicherheit vom 18.5.2011.

¹³ Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (2011) Informationen zur Lage in den japanischen Kernkraftwerken Fukushima, Onagawa und Tokai, Abfrage 20.3.2011 und 29.5.2011.

¹⁴ F. Blöbel (2005), Das Protokoll von 2004 zum Pariser Übereinkommen – wesentliche Verbesserungen im internationalen Atomhaftungsrecht, Natur und Recht 27(3), 137-141.

¹⁵ M. G. Faure and G. Skogh (1992), Compensation for Damages Caused by Nuclear Accidents: A Convention as Insurance, Geneva Papers on Risk and Insurance 17, 499-513.

Schwach blieb indes die Bautätigkeit. Der private Konsum entwickelte sich weiterhin stetig. Entstehungsseitig stieg die Wertschöpfung vor allem in der Sachgütererzeugung sowie im Bereich Transport und Telekommunikation. Der Konjunkturrückgang dürfte inzwischen überschritten sein; darauf deuten die Auftragseingänge und der Einkaufsmanagerindex in der österreichischen Industrie hin. Gleichwohl ist für den weiteren Jahresverlauf mit einem anhaltend robusten Aufschwung zu rechnen. So hat die OECD jüngst ihre Prognose für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2011 auf 2,9 % angehoben.

Auch in **Kärnten** setzt sich die Konjunkturerholung fort. Im Jahresdurchschnitt 2010 stieg der Produktionsindex in der Sachgütererzeugung um 19,5 %, während die Produktion in der Bauwirtschaft um 5 % eingeschränkt wurde. Für den gesamten produzierenden Bereich ergibt sich ein Anstieg des Produktionsindex um 11,2 % (Österreich: 4,4 %). Gemäß der aktuellen Prognose des IHS Kärnten (vgl. auch www.carinthia.ihs.ac.at) wird das reale Brutto regionalprodukt im Jahresdurchschnitt 2011 um 2,3 % steigen. Nachdem der Aufschwung im vergangenen Jahr vor allem von der lebhaften Auslandsnachfrage getragen wurde, wird im laufenden Jahr auch die Inlandsnachfrage zur Erholung beitragen, sodass neben der Industrie auch die konsumnahen Dienstleistungen zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung beitragen dürften.

K.W.

Fortsetzung Kommentar: Energiewende

Bei den Erneuerbaren sind Versorgungssicherheit, Netzausbau, Landschaftsverbrauch und hohe Kosten das Problem, bei den fossilen Kraftwerken vor allem die klimaschädlichen CO₂-Emissionen. Auch erhöhte Energieeffizienz und die Ausschöpfung von Energiepotentialen, als Zielgröße der Energie- und Umweltpolitik bisher mit bescheidenen Erfolgen angestrebt, ändern das Bild nicht grundsätzlich.

Trotz der aufgeregten Diskussion um eine Energiewende werden wir mit den Risiken der Kernenergie noch einige Jahrzehnte leben und zugleich hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung und den Aufbau eines neuen Energiesystems aufbringen müssen. Neben den Erneuerbaren, denen zweifellos die Zukunft gehört, muss sich das Interesse vor allem auf die Einsparung und die erhöhte Effizienz der Energienutzung richten. Ohne einen großen Lösungsbeitrag von dieser Seite ist die Gefahr, dass der Ausbau der Erneuerbaren gerade einmal den jährlichen Zuwachs des Strom- und Energiebedarfs deckt, aber nicht ausreicht, den Versorgungsanteil fossiler Energieträger und nuklearer Kraftwerke deut-

lich zu reduzieren. Die langfristige Energiestrategie der EU sieht eine 20-prozentige Steigerung der Energieeffizienz vor, diese ist – im Unterschied zu anderen Zielen der Strategie – für die Mitgliedsländer nicht verbindlich. Vorstöße des zuständigen Energie-Kommissars in diese Richtung wurden zunächst abschlägig beschieden – kein gutes Zeichen für eine Energiewende, die nicht nur proklamiert, sondern auch umgesetzt werden muss. HJB

Abgeschlossenes Projekt:

Quality of Life in the EU Candidate Countries – Study on Croatia, Former Yugoslav Republic of Macedonia (FYROM) and Turkey

Gemeinsam mit dem IHS Wien wurde für die European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions eine Studie über die Lebensqualität in den neuen EU-Kandidatenländern abgeschlossen. Basierend auf den Daten der European Quality of Life Survey 2007 wurden die drei Beitrittskandidaten in den Bereichen ökonomische Situation der Haushalte, Familienleben, Gesundheit und Zugang zu Gesundheitsversorgung, gesellschaftlicher Zusammenhalt und subjektives Wohlbefinden analysiert und ihre unterschiedlichen Entwicklungspfade auf ihrem Weg in die europäische Union dargestellt. Die Veröffentlichung der Studie erfolgt in Kürze auf www.eurofound.europa.eu.

Ausgeschiedene Mitarbeiterinnen

Eine langjährige Mitarbeiterin des IHS Kärnten, Frau MMag. Michaela Schwarz, ist zum 31.05.2011 aus dem Institut ausgeschieden, um sich neuen beruflichen Aufgaben zuzuwenden. Frau Schwarz war an vielen Projekten des IHS beteiligt, mit einem Schwerpunkt im Bereich „Public Finance“. Wir haben Ihre Entscheidung mit Bedauern zur Kenntnis genommen und wünschen für ihre berufliche Zukunft das Beste.

Mit April 2011 ist Frau Mag. (FH) Birgit Aigner, nach Jahren der Mitarbeit an der FH Kärnten, als Mitarbeiterin des IHS Kärnten eingetreten, um insbesondere den Forschungsbereich „Public Finance“ fortzuführen.

Impressum

Herausgeber: IHS Kärnten
Adresse: Alter Platz 10, 9020 Klagenfurt
 Tel. (0463)592150, Fax DW 23
e-mail: info@carinthia.ihs.ac.at
Website: www.carinthia.ihs.ac.at

Der IHS Kärnten Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Hypo Alpe-Adria-Bank AG, der Wirtschaftskammer Kärnten sowie des Landes Kärnten vier Mal jährlich.

Redaktionsschluss: 08.06.2011